



Reichtum ist keine Privatsache

Hamburg ist die Stadt in Deutschland mit den meisten Millionären. Gleichzeitig ist der Reichtum extrem ungleich verteilt. Damit bildet die Stadt im Kleinen ab, was ein gesamtgesellschaftliches Problem ist: 1 Prozent der Deutschen gehören 35 Prozent des Vermögens. Zu ändern wäre das zunächst einmal durch eine andere Besteuerung **43-45**

Diskreter Ort der Bourgeoisie: die Mitglieder des Hamburger Überseeclubs sind geheim, aber einflussreich
Foto: Miguel Ferraz

Von **Katharina Schipkowski**

Wir müssen über Reichtum reden. Während die Besitzverhältnisse und Lebensumstände armer Menschen in Deutschland ziemlich genau erfasst sind, liegen über Reiche und Superreiche wenig Daten vor. Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 tappen auch die Finanzämter im Dunkeln, was die Besitzverhältnisse der Crème de la Crème betrifft. Zudem sind Vermögensverwalter*innen von Superreichen darauf spezialisiert, Kapital in undurchsichtigen Schachtelkonstruktionen, Holdings und Stiftungen über die Steueroasen dieser Welt zu verteilen, damit möglichst wenig lästige Abgaben anfallen.

Dabei wäre es die Basis für eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Lasten, Aufgaben und Privilegien, einen Überblick nicht nur über die Armut am unteren, sondern auch den Reichtum am oberen Rand zu bekommen. Doch in den Villenvierteln und Managementetagen großer Konzerne herrscht Diskretion. Verständlich: Über den eigenen Besitz und das eigene Einkommen reden die wenigsten gern.

Während diese Zurückhaltung bei Armen vermutlich viel mit Scham zu tun hat, kann man bei Reichen nicht unbedingt davon ausgehen. Dabei ist es schon obszön, was manche anhäufen. Wir reden hier nicht von der reicheren Hälfte der Bevölkerung, zu der man „schon“ ab 1869 Euro Nettoeinkommen gehört. Sondern über das reichste eine Prozent, das rund 35 Prozent des Gesamtvermögens hortet. Je reicher man ist, desto schneller wächst auch das Vermögen – politische Maßnahmen wie die Senkung des Spitzensteuersatzes durch die rot-grüne Bundesregierung 2005 haben das befördert. Auch der andauernde Boom der Immobilienpreise in deutschen Städten, den Politiker*innen durch lethargisches Nichtstun befördern, leistet seinen fetten Anteil.

Gleichzeitig fehlt das Geld an anderen Stellen: im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungssystem, bei Kultureinrichtungen und in der Mobilitätsinfrastruktur. Man kann argumentieren, dass es ja nicht das gleiche Geld sei – hier privates Vermögen, dort der Staatshaushalt. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, durch harte und ehrliche Arbeit so reich zu werden wie die oberen zehn Prozent. Das erreicht man nur durch Erben, Spekulieren und letztlich: auf Kosten anderer.

Gerade in Hamburg, der Stadt mit der höchsten Millionärsdichte Deutschlands, sind die Gegensätze extrem. Etwas mehr als jede*r Tausendste verdient hier mehr als eine Million Euro im Jahr. Gleichzeitig lebt jedes fünfte Kind in Armut. Auch über die Stadt sind die Zahlen sehr ungleich verteilt: In den reichen Elbvororten lebt nicht mal eins von hundert Kindern in einem Hartz-IV-Haushalt, in ärmeren Stadtteilen fast jedes Zweite.

Was also tun? Auch wenn sich erst kürzlich 83 Millionär*innen verschiedener Länder für eine höhere und damit gerechtere Besteuerung Reicher aussprachen und viele Wohlhabende Charity betreiben, ist das Problem nicht über individuelle Verantwortung zu lösen. Es reicht nicht, dann, wenn es gerade passt, mal ein paar Tausend Euro hierhin oder dorthin zu spenden.

Wir brauchen eine viel radikalere und langfristige Umverteilung. Das ist die Aufgabe des Staates, der den gesellschaftlichen Frieden zu wahren hat. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass die einen sich nicht ungehemmt auf Kosten der anderen bereichern. Konkret gehört dazu, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen – was nicht geht, wenn die meisten Immobilien in den Händen jener sind, die Wohnungen als Kapitalanlage verstehen.

Ebenso wenig kann es aufgehen, eine kostenlose umfassende Gesundheitsversorgung für alle bereitzustellen, wenn die Kliniken Konzernen gehören, die wiederum Milliarden gehören. Die Milliarden auf dem Konto machen diese nicht zu schlechten Menschen oder unfähigen Manager*innen – es sind nur einfach zwei diametrale Interessen: Das Interesse weniger Einflussreicher, möglichst riesige Stücke vom Kuchen zu bunkern, und das der vielen, ihren gerechten Anteil abzubekommen.

In einer endlichen Welt ist nur genug für alle da, wenn alle maßhalten. Das bedeutet nicht, dass Normalverdiener*innen, Kleinunternehmer*innen, Angestellte und Arbeitslose ihren Gürtel enger schnallen müssen, wenn demnächst die Wirtschaftskrise als Folge der Coronakrise über uns hereinbricht. Es bedeutet, dass der Staat sich das Geld da holen muss, wo es en masse vorhanden ist, und so einsetzen muss, dass es der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Die Instrumente dafür liegen auf dem Tisch: eine viel höhere Erbschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sind nur die naheliegendsten. Auf lange Sicht müsste man Unternehmen wie Asklepios, Vovonia, RWE oder Vattenfall selbstredend enteignen.

Denn am Ende reicht es natürlich nicht aus, mal über Reichtum gesprochen zu haben. Vielmehr müssen Taten folgen. Da der Kapitalismus sich nicht von heute auf morgen abschaffen lässt, wären gerechtere Steuern ein guter Anfang.



Feine Adresse für Hamburgs Reiche: das Hotel „Vier Jahreszeiten“ an der Binnenalster
Foto: Miguel Ferraz

„Die Leute müssen etwas von ihrem Vermögen abdrücken“

Der Ökonom Heiner Flassbeck hält die Bedingungen, unter denen eine Gesellschaft hohen Reichtum akzeptieren kann, gegenwärtig für nicht gegeben. Der Staat müsse hohe Vermögen und Einkommen höher besteuern

Interview André Zuschlag

taz: Herr Flassbeck, wie würden Sie definieren, ab wann jemand zu reich ist?

Heiner Flassbeck: Das ist eine rein normative Frage, da gibt es nichts zu definieren. In gewisser Weise reich ist jeder, der mehr hat als das, was man zum Leben braucht. Darüber hinaus gibt es offenbar total unterschiedlich Reiche, und es gibt viele, die nicht wissen, was sie mit ihrem Reichtum anfangen sollen. Die sind sicher zu reich.

Aber ist der zu große Reichtum Einzelner nicht irgendwann schädlich – rein ökonomisch betrachtet?

Auch das lässt sich nicht so allgemein sagen. Großer Reichtum kann nützlich und schädlich sein. Es kommt ja immer darauf an, was mit diesem Reichtum geschieht. Wenn Unternehmer in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft dadurch reich werden, dass sie hohe Produktivitätsfortschritte haben, Arbeitnehmer am Erfolg partizipieren und die Unternehmer hohe Steuern bezahlen, dann kann man schwerlich von vornherein sagen, dass der so entstandene Reichtum verwerflich ist. Es gibt Bedingungen, unter denen eine Gesellschaft die Akkumulation von Reichtum akzeptieren kann. Nur unter diesen Bedingungen leben wir gegenwärtig nicht.

Ihr Beispiel klingt nach dem „Trickle-Down-Effekt“, dass also Wohlstand der Reichen nach und nach in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würde.

Der Ökonom John Maynard Keynes nannte das mal den „Pferdeäpfel-Effekt“. Wenn die Pferde gut zu fressen haben, haben auch die Spatzen gutes Essen. Also: Ja, das Beispiel kann darunter fallen. Aber wenn, so wie ich es mal in Indien erlebt habe, die Reichen abends ihre Essensreste auf die Straße werfen, damit die Hungernden etwas zu essen haben, kann das auch als Trickle-Down-Effekt bezeichnet werden. Das alleine sagt auch nichts. Es ist letztlich ein Begriff, dem ein klarer Inhalt fehlt.

Nach einer kürzlich erschienenen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) besitzen die reichsten zehn Prozent

rund 67 Prozent des Vermögens in Deutschland. Das ist mehr als vorherigen Schätzungen zufolge. Hat Sie das überrascht?

Nein, da gibt es immer eine große Unsicherheit in diesen Schätzungen. Besonders über die ganz reichen Familien weiß man unheimlich wenig. Es ist im Detail aber letztlich egal. Der entscheidende Punkt ist, ob diese Gesellschaft vernünftig funktioniert. Ich behaupte: Sie funktioniert nicht vernünftig, weil am unteren Ende viele Leute zu wenig Einkommen haben, um vernünftig zu leben. Es muss darum gehen, allen Menschen in einer reichen Gesellschaft genug Einkommen zu geben, sodass sie sich nicht jeden Tag fragen müssen, wie und ob sie über die Runden kommen. Genau diese Frage wird aber in Deutschland aus ideologischen Gründen blockiert.

Wie meinen Sie das?

Man hat sich eingeredet, Hartz IV sei die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der letzten 15 Jahre gewesen und deswegen dürfe man das niemals infrage stellen. Das ist grundlegend falsch. Der Grund ist: Deutschland hat hohe Handelsüberschüsse erzielt und vielen Ländern damit unmittelbar geschadet. Und das kann offenbar kein Rezept für alle sein. Doch man will diese „deutsche Story“ nicht zur Kenntnis nehmen.

Es gibt auch das Narrativ, dass die Schere zwischen extrem arm und extrem reich immer weiter auseinandergeht. Kann man das so einfach sagen?

Also dieses „immer weiter“ ist schwierig zu sagen. Diese Schere ist Anfang der 2000er-Jahre eindeutig aufgegangen durch die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, Hartz IV und Weiteres. Ob es weiter auseinandergeht, weiß ich nicht. Man muss aber fragen, ob das Auseinandergehen gerechtfertigt war oder nicht.

Jetzt reden wir über hohe und niedrige Einkommen. Dazu wird auch immer mal wieder über eine Veränderung des Spitzensteuersatzes diskutiert. Aber hat das Einkommen irgendeinen Einfluss auf diese besonders großen Vermögen?

Vermögen ist immer eine Folge von Einkommen. Nun leben wir momentan in einer Welt ohne Zinsen, sodass sich das Geld nicht von alleine vermehrt. Deshalb muss man über die Einkommensfrage reden und fragen, ob es gerechtfertigt ist, dass der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen 120 Mal so viel wie einfache Angestellte verdient.

Aber viele der reichsten Menschen in Deutschland sind seit dem Tag ihrer Geburt schon extrem reich. Anders gesagt: Sie haben den Reichtum geerbt.

Die gibt es natürlich auch, aber gerade in den letzten Jahren sind viele dazugekommen. Also etwa die Vorstandsvorsitzenden und Weiterere, die am Tag ihrer Geburt vielleicht noch nicht reich waren. Und auch das ist nicht gerechtfertigt. Aber wenn wir auf die schauen, die es bereits von Geburt an sind, dann müssen wir über Erbschaftssteuern reden. Das ist ja auch ein heißes Thema.

Da müsste die Politik rangehen?

Sicher. Eine Vermögenssteuer und eine effektive Erbschaftsteuer sind das Normalste der Welt. Nur wissen Sie ja, wie brutal in Deutschland der Widerstand dagegen ist. Das wird als „Raubzug gegen die Reichen“ bezeichnet. Das ist ungeheuerlich.

Wenn man der CDU Glauben schenkt, würde eine umfassende Reform der Erbschaftsteuer in der Katastrophe enden, weil das Vermögen vor allem in den Unternehmen der Reichen steckt – und damit Arbeitsplätze dran hängen. Was sagen Sie dazu?

Das stimmt natürlich nicht. Unternehmen sind davon schon immer großzügig ausgenommen worden. Ohne Zweifel steckt ein großes Vermögen in Immobilien, Yachten und den Billionen von vagabundierendem Kapital in dieser Welt. Genau wie es in anderen Ländern geschieht, könnte auch hier darauf zugegriffen werden, ohne dass ökonomisch etwas Negatives passiert. Die Leute müssen halt etwas von ihrem Vermögen abdrücken. Das fällt denen schwer, aber anders lässt sich die entstandene Ungleichheit nicht korrigieren.

Sie haben mal gesagt: „Steuern sind zum Steuern da.“ Heißt das, Hauptaufgabe des Staates ist eigentlich die Vermeidung von zu großem Reichtum und damit hoher Ungleichheit?

Ob es die Hauptaufgabe ist, das weiß ich nicht. Sicherlich ist es aber eine seiner wichtigsten Aufgaben. Er muss dafür sorgen, dass die Gesellschaft möglichst kohärent bleibt. Es ist ja kein Zufall, dass jetzt alles auseinanderdriftet. Viele fühlen sich abgehängt und denken: „Der Staat geht einfach über mich hinweg.“ Das ist die Stimmung, die wir erzeugt haben mit der Parole, der Neoliberalismus sei alternativlos. Das ist er aber nicht.

Gehören Superreiche nicht zu unserer Wirtschaftsordnung?

Überhaupt nicht. Ein gewisser Reichtum gehört schon dazu, aber mit einem vernünftig strukturierten Mittelstand lässt sich eine erfolgreiche Wirtschaft betreiben. Superreiche gehören nicht zu den Grundzügen, das haben wir ja in den 1950er- und 1960er-Jahren gesehen. Da gab es hohe Steuersätze sowie hohe Vermögenssteuern und die Wirtschaft war sehr erfolgreich.

Das Team der DIW-Studie macht den Vorschlag, nicht die Reichen stärker zu besteuern, sondern Arme beim Vermögensaufbau finanziell zu unterstützen. Was halten Sie davon?

Mit dem Begriff Vermögensaufbau ist das immer so eine Sache. Wenn der Staat jedem 50 Euro in die Hand drückt, entsteht dadurch ja bei niemandem ein Vermögen. Das wurde vor 100 Jahren schon gefordert und stimmt immer noch nicht. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Löhne steigen und der Mindestlohn deutlich hochgeht.

Wie wird sich die Coronakrise auf das Vermögen der ganz Reichen auswirken? Müs-sen die um viele Milliarden zittern?

Das lässt sich nicht allgemein prognostizieren. Viele Leute verlieren Geld, auch Vermögende. Wer Kreuzfahrtschiffe besitzt, wird sicherlich etwas verlieren. Aber da gibt es keine Systematik. Denn zugleich haben die Digital-konzerne massiv gewonnen.



Heiner Flassbeck, 69, ist Ökonom und Honorarprofessor an der Uni Hamburg. Zuvor war er Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Chef-Volkswirt bei der UN-Welthandelskonferenz.

Foto: dpa

Diskrete Orte der Bourgeoisie

Rund um die Hamburger Binnenalster befinden sich die Adressen, die darüber Aufschluss geben, wie die Stadt zu ihrem Geld kommt. Eine kritische Führung mit Gerd Pohl von der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Zentrum der Unternehmermacht: die Hamburger Handelskammer steht auf der Rückseite des Rathauses, dessen Spitze gerade noch darüber hinausragt

Von **Katharina Schipkowski** (Text) und **Miguel Ferraz** (Bilder)

Der Sozialwissenschaftler Gerd Pohl kennt sich gut mit Reichtum und sozialer Ungleichheit aus. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung macht er einmal im Jahr Rundgänge um die Hamburger Binnenalster – weil man da gut sehen kann, wo das große Geld sitzt und wo es herkommt. Für die taz hat er einen extra Rundgang veranstaltet. Folgen Sie uns!

Deutschland ist ein ziemlich guter Ort für Menschen, die Geld waschen und krumme Geschäfte abwickeln wollen. Der Financial Secrecy Index listet die Bundesrepublik aktuell auf Platz 14 der bedeutsamsten Steueroasen. Nun gehört zu einem guten Platz, um Reichtum zu parken, einerseits Diskretion. Andererseits wollen Superreiche sich auch nicht lumpen lassen. Wer sich an der Hamburger Binnenalster umschaut, findet viele Spuren von diskret zur Schau gestelltem Reichtum.

Doch mit leerem Magen spaziert es sich schlecht – deshalb nehmen wir zuerst eine Stärkung im Restaurant Haerlin im Hotel Vier Jahreszeiten. Das Fünf-Gänge-Menü kostet mit Weinbegleitung 285 Euro pro Person. Für die 2.000 Einkommensmillionäre, die laut statistischem Bundesamt in Hamburg leben, dürfte das ein bezahlbarer Preis sein. Aber bitte dann auch nicht knausern beim Trinkgeld!

Leicht angesättigt schlendern wir hundert Meter nach Norden. Am Neuen Jungfernstieg 19 liegt der Überseeclub. Die Mitgliederliste ist geheim, die Veranstaltungen sind nicht öffentlich. Aber seit Gründung der Bundesrepublik hat jede Bundeskanzler*in und jeder Bundespräsident, mit Ausnahme von Johannes Rau und Theodor Heuss, hier vorgesprochen. Andere prominente Redner waren Kardinal Joseph Ratzinger, der ehemalige Palästinenserchef Jassir Arafat, VW-Chef Martin Winterkorn, Siemens-Chef Joe Kaeser, Daimler-Chef Dieter Zetsche und Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Überlegen Sie noch, wo Sie ihr Geld anlegen sollen? Praktischerweise klebt direkt am Überseeclub, quasi an der Hinterseite, die Privatbank Berenberg. Seit 1590 im Geschäft, ist sie die älteste Privatbank Deutschlands. In so vielen Jahren Geschäft häuft sich natürlich der eine oder andere Steuerskandal an. Die Panama-Papers und Cum-Ex sind nur die aktuellsten. Aber wo so viel Geld liegt, ist man darauf spezialisiert, dass Kund*innen nicht mit lästigen Abgaben behelligt werden. Wenn Sie hier anlegen wollen, kommen Sie bitte nicht mit Kleckerbeträgen – ab einer Million können wir drüber reden.

Der Hamburger Reichtum kommt auch von daher, wo seit über hundert Jahren die Rohstoffe geblüht werden: aus Afrika. Und siehe da, direkt neben der Berenberg Bank befindet sich der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft. Wer sein Business expandieren will oder aus anderweitigen Gründen nach Afrika schielt, erfährt hier Unterstützung bei Recherchen über die politische und ökonomische Situation afrikanischer Staaten, bekommt Kontakte oder Begleitung bei Delegationsreisen. Der Afrikaverein wurde 1934 am Sitz der Woermann-Reederei gegründet. Der 1910 verstorbene, extrem reiche Reedereichef Adolph Woermann war in Westafrika mit einer eigenen Privatarmee gegen die Bevölkerung vorgegangen, hatte Menschenhandel betrieben und vom deutschen Völkermord an den Herero und Nama in Namibia profitiert. Drei seiner Nachfahren, Detlev, Rasmus und Heinrich Woermann, sind heute Gesellschafter des Afrikavereins.

Wo wir gerade beim Kolonialismus sind: Die Hamburger Neumann Kaffee Gruppe mit Sitz in der Hafencity wurde 2013 vom Hohen Gericht Uganda gerügt, weil sie 4.000 Bauern gewaltsam von ihrem Land vertrieben hatte, um eine Kaffeeplantage zu errichten. Auf der Liste der reichsten Deutschen rangiert Familie Neumann mit geschätzt einer halben Milliarde auf Platz 301 – weit abgeschlagen hinter anderen Hamburger Dynastien wie Kühne oder Hertz.

Natürlich tun viele Reiche auch Gutes! Stiftungen beispielsweise sind ein probates Mittel, um Reichtum umzuschichten und dabei noch Charity zu betreiben. Aber Augen auf bei der Standortwahl! Nicht alle Länder eignen sich dafür. Sehr beliebt ist zum Beispiel Liechtenstein, wegen der steuerrechtlichen Vorteile.

Anstatt sein Geld in einer Stiftung zu parken, kann man natürlich auch in Gold investieren, das gilt ja als stabil. Auf der östlichen Alsterseite bietet sich der Goldhandel Degussa an. Er gehört einem der reichsten Deutschen, August von Finck Junior, wohnhaft in der Schweiz.

Auf der „Forbes“-Liste der reichsten Milliardäre der Welt steht er mit einem Vermögen von geschätzt 8,6 Milliarden Dollar auf Platz 167. Er fördert seit Jahren Parteien und Initiativen im rechten Milieu. Dazu nutzte er auch den Goldhandel: Journalist*innen des Spiegel haben recherchiert, dass Degussa an einem lukrativen Deal beteiligt war, mit dem die AfD in ihren ersten Jah-



Unbeschwer-tes Shoppens dank Altgold-Reserven: die Hamburger Degussa-Filiale am Ballindamm

ren ihre finanzielle Basis stärkte. Die Münchner Privatbank Merck Finck & Co. nennt der Spiegel die „Keimzelle des Finck'schen Familienvermögens“. Im Nationalsozialismus bereicherte sich die Privatbank an jüdischem Vermögen, später spezialisierte sie sich auf Wertpapiere. Eine Hamburger Filiale liegt gleich um die Ecke, am Alsterort 17. Ebenfalls ein Profiteur der Arisierung und gelistet unter den reichsten Deutschen ist Klaus-Michael Kühne, Hauptanteilseigner beim Unternehmen Hapag Lloyd, das nur einen Goldbarrenwurf entfernt residiert. Die Familie Kühne weigerte sich jahrelang, die tragende Rolle der Spedition Kühne + Nagel beim Abtransport jüdischen Eigen-



Mit den windigen Banken ist es hier in der Gegend allerdings so: Immer wenn man um die nächste Ecke biegt, steht man wieder vor einer

tums zur weiteren „Verwertung“ zuzugewand. Hapag Lloyd hat mit dieser dreckigen Vergangenheit nichts weiter zu tun. Das Schiff-, Kreuz- und Luftfahrt-Unternehmen kann sich dafür jede Menge aktuellen Dreck in der Atmosphäre und den Meeren auf die Fahne schreiben. Die Stadt Hamburg ist mit 13,9 Prozent am Unternehmen beteiligt und liegt damit knapp vor Qatar und Saudi Arabien mit 12,3 und 10,2 Prozent. Ganz so hanseatisch wie sein Image ist das Unternehmen also irgendwie doch nicht.

Aber wir wollen nicht so kleinlich sein und gehen lieber weiter, zur ebenfalls an der Binnenalster ansässigen Warburg-Bank. Anfang des Jahres veröffentlichte der NDR Recherchen, nach denen das Hamburger Finanzamt Millionenbeträge, die die Bank den Steuerzahler*innen mittels Cum-Ex-Geschäften geklaut hatte, nicht zurückforderte. Für den damaligen Bürgermeister und heutigen Finanzminister Olaf Scholz (SPD) wurde es unangenehm, mittlerweile fordert die Stadt ihr Geld doch zurück. Die Warburg-Bank lässt das nicht auf sich sitzen, sie klagt dagegen.

Mit den windigen Banken ist es hier in der Gegend allerdings so: Immer wenn man um die nächste Ecke biegt, steht man wieder vor der nächsten Ecke. Jetzt zum Beispiel vor der ehemaligen HSH-Nordbank, die heute Hamburg Commercial Bank heißt. Der alte Name klang wohl nicht mehr so schön, nachdem das Finanzinstitut mit über zehn Milliarden Euro Steuergeldern gerettet werden musste. Die ehemalige Landesbank hatte sich, abgesichert durch die Länderhaushalte Hamburgs und Schleswig-Holsteins, auf hoch riskante Geschäfte auf dem internationalen Finanzmarkt eingelassen und sich dabei verzolet. Zudem hatten die Vorstände Bilanzen gefälscht. 2019 wurden sie dafür verurteilt, kaufen sich aber gegen Beträge von je einer halben bis 1,6 Millionen Euro frei.

Wie eng die Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft sind, sieht man auf der Rückseite des Hamburger Rathauses, an das die Handelskammer, die Vertretung des Hamburger Unternehmertums, direkt anschließt. Man teilt sich den Innenhof, denn manchmal müssen Sachen eben auf dem kurzen Dienstweg geregelt werden. Auch Ämter können so schneller vergeben werden, wie etwa das des Wirtschaftsensors, das 2011 an den damaligen Kammerpräsidenten Frank Horch (parteilos) ging.

Das prunkvolle Gebäude ist übrigens das der Hamburger Börse, die im gleichen Haus sitzt. Warum ausgerechnet Handelskammer und Börse hier am Rathaus residieren und nicht etwa der Sozialverband oder die Mieterverbände? Auf die Idee ist einfach noch niemand gekommen, schließlich ist Hamburg immer noch eine Kaufmannsstadt, da haben die Interessen der Wirtschaft Priorität. Das hat sich auch Hamburgs Sozialdemokratie zum Grundsatz gemacht, und immerhin wählt dadurch fast niemand die Hamburger CDU – sie ist schlicht überflüssig.

Die Handelskammer ist eine Art Nebenregierung, erinnert sei hier nur an den Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Energienetze 2013. Da schlug sie sich auf die Seite der beiden Großkonzerne Vattenfall und Eon Hanse, statt auf die der Tausenden Gewerbetreibenden, die sich den Marktgitagen als Kund*innen ausgeliefert sahen. Ein Jahr später plädierte die Kammer für Olympische Spiele in Hamburg. Beides verhinderte die Stadtbewohner*innen glücklicherweise per Referendum.

Puh, jetzt reicht's aber auch langsam! So viel ehrliche hanseatische Kaufmannstradition geht ja auf keine Kuhhaut. Verlassen wir also diese glänzenden Orte der Steuer- und Finanzkriminalität und gehen am besten irgendwohin, wo die Verbrecher*innen nicht ganz so hoch stapeln, vielleicht nach St. Pauli oder so. Dieser ganze Zaster lastet doch schwer. Sogar wenn es nicht der eigene ist.

Drei Fragen

„Es darf kein Tabu mehr sein, über Reichtum zu reden“

1 Herr Ridder, warum sollen die Reichen für die Folgen der Corona-Krise bezahlen?

Ansgar Ridder: Warum denn nicht? Wir sind nicht bereit, den Gürtel schon wieder enger zu schnallen, schon wieder zurückzustecken und die Zeche zu zahlen wie schon nach der Finanzkrise 2008. Die Reichen – und ich rede hier von den abstrus Reichen und nicht von denen, die Kredite aufgenommen haben, um ihr Haus abzubezahlen oder um ihre Kinder auf die Uni schicken zu können – haben eine besondere Verantwortung. Denn wir als Gesellschaft haben den Reichtum erarbeitet, auf dem sie jetzt sitzen, und darum müssen sie was zurückgeben. Jetzt wird nach den Coronakonjunkturpaketen der Ruf nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt laut. Und was wird da diskutiert? Es wird diskutiert, den Mindestlohn zu senken, Sozialausgaben werden infrage gestellt und am Ende sollen wieder die zur Kasse gebeten werden, die die Arbeit machen: die Kellner, die viel beklatschten Pflegekräfte oder die Beschäftigten in Fabriken. Das ist zutiefst ungerecht.

2 Die Reichen sollen also freiwillig was abgeben?

Es gibt ja die Gruppe der „Millionaires for Humanity“. Diese 83 Superreichen aus sieben Ländern setzen sich für eine Reichensteuer ein, um die Coronafolgen zu finanzieren. Die wollen sogar dauerhaft mehr Steuern zahlen. Nur mal ein paar Zahlen: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen halten zwei Drittel des gesamten Vermögens, 45 superreiche Haushalte besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung. Da ist es doch sinnvoll, dass die Mehrheitsgesellschaft über den Reichtum, der da absurd ungerecht angehäuft wird, mitbestimmen kann. So wird die Gesellschaft wieder handlungsfähig.

3 Und was, wenn die Reichen nichts abgeben wollen?

Freiwillig werden die das nicht machen, also müssen Regeln her, die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden, Erben großer Summen müssen besteuert werden, Unternehmen müssen hier Steuern zahlen, und es darf nicht sein, dass sich Immobilienkonzerne auf dem Rücken ihrer Mieterinnen und Mieter immer weiter bereichern. Wichtig ist aber auch was anderes: Es darf kein Tabu mehr sein, über Reichtum zu reden, und die ideologischen Denkverbote müssen weg. Wir müssen in der Gesellschaft also endlich über Umverteilung und Enteignung reden und so einen Wandel hinbekommen.

Fragen: Ilka Kreuzträger



Ansgar Ridder, 31, arbeitet als Pflegeassistent in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Er engagiert sich seit Corona dafür, dass Reiche etwas abgeben, weil ihm hier eine linke Stimme fehle

Bundesweiter Aktionstag: „Wer hat der gibt?“, 19.9., 18 Uhr Dammtor, Hamburg.